Leipziger Neueste Nachrichten

und Handels-Zeitung

vormals „Leipziger Nachrichten"

VERLAG, SCHRIFTLEITUNG, DRUCKEREI: Leipzig C 1, Petersteinweg 19. Postfach 117/118. Postscheck-Kto. 925. Drahtanschrift „Neueste Leipzig". BEZUG: durch Träger in Groß-Leipzig und Vororten 15 Pf. / 20 Pf. Post-Zustellgeld. ANZEIGEN: Annahmeschluß 12 Uhr. Preisliste 8L.

DONNERSTAG, 15. MÄRZ 1945

„LNN" ERSCHEINEN täglich außer Montag u. 2. Feiertagen. Für regelmäß. u. pünktl. Erscheinen wird nicht gehaftet, ebenso wird für Rückgabe unverlangter Schriftstücke. Nachdruck unserer Artikel und Eigenmeldungen nur bei deutlicher Quellenangabe „Leipz. Neueste Nachr." gestattet. Die „LNN" enthalten die Bekanntgaben des Oberbürgermeisters, Landrates und Polizeipräsidenten und solche des Amts- und Landgerichts, der Amts- und Staatsanwaltschaft und der Mitteldeutschen Börse zu Leipzig.

Nr. 63

Heldengedenktag 1945

Auch im sechsten Kriegsjahr ehrte die Nation ihre toten Helden durch würdige Gedenkstunden. In der Reichshauptstadt fand eine feierliche Kranzniederlegung am Ehrenmal Unter den Linden statt. Beim Verlassen des Ehrenmals von rechts: der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Großadmiral Dönitz, Reichsmarschall Göring, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Generalfeldmarschall Keitel. Presse-Hoffmann

Lauban wieder frei

Ueberall in den Straßen der Stadt liegen die Trümmer ausgebrannter bolschewistischer Panzer, fast alle von unseren Grenadieren mit der Panzerfaust erledigt.

PK-Aufnahme: Kriegsberichter Koll (HH)

Umgruppierungen vor der Schlacht um den Rhein

Von unserem militärischen v.W.-Mitarbeiter

Wenn es dem Gegner auch gelang, bei Remagen aus der Bewegung heraus über den Rhein zu kommen, so hat sich doch ein solcher Vorgang an anderer Stelle nicht wiederholt. Ob der Feind einen Uferwechsel auf diese Weise erzwingen wollte, kann als zweifelhaft angesehen werden, weil solche Bewegungen der von ihm geübten Systematik an sich völlig widersprechen. Es ist typisch für die Kriegführung der Engländer und Amerikaner, wie sie sich heute am Rhein verhalten. Sie bereiten Schritt für Schritt den Angriff gegen und über den Fluß auf breiter Front vor. Zu diesem Zweck haben sie größere Umgruppierungen in Gang gebracht, die sich von Emmerich bis Remagen erstrecken. Daß der Uebergang über eine breite Front angesichts eines verteidigten Gegenufers seine Schwierigkeiten hat, ist nicht unbekannt. Der Feind im Westen ist — soweit das nicht schon in seiner Art liegt, haben ihn seine Rückschläge darin noch bekräftigt — darauf bedacht, vorsichtig zu operieren, keine Gewagtheiten zu unternehmen, lieber auf Ueberraschungserfolge zu verzichten und Stück für Stück den einmal gefaßten Angriffsplan zu betreiben. Das kostet viel Zeit und vielleicht sogar mehr Zeit als ursprünglich vorgesehen war. Nicht zuletzt liegt darin der Grund für die großen zeitlichen Differenzen, die zwischen den Erwartungen und Erfüllungen der feindlichen Planungen im Westen liegen.

Die Bereitstellungen, Aufmärsche und Umgruppierungen, die der Gegner am Nieder- und Mittelrhein vornimmt, bieten unserer vom Ufer her wirkenden Artillerie viele Ziele, die nicht ungenutzt bleiben. Indem auch der Gegner seinen Artilleriemarsch auf dem linken Ufer vollendet, entfiehen lebhafte Artilleriebuelle über den Fluß hinweg. Der Gegner beleuchtet vor allem den Raum unmittelbar nördlich Köln mit Artilleriefeuer, was vielleicht auf besondere Absichten in diesem Abschnitt schließen läßt. Die Phase der Umgruppierungen bezieht sich aber nicht nur auf den Feind, sondern auch auf die eigenen Truppen, die nach Entnahme auf das Ufer in neue Abschnitte gewiesen werden. Diese Vorgänge sind nur natürlich, weil die Ueberquerungen des Rheins an verhältnismäßig wenigen Stellen stattfanden und nun wieder die gesamte Rheinfront mit Kräften besetzt werden muß. Die Tätigkeit unserer Artillerie läßt jedoch erkennen, daß sich diese bereits an den ihr besoldeten Positionen befindet und wirksam in die Vorbereitung der bevorstehenden Schlacht um den Rhein eingreifen kann.

Am Mittelrhein bei Remagen hat der Gegner seinen Brückenkopf erweitern können. Er hat einige Höhen in unmittelbarer Flußnähe gewonnen und auch einige Ortschaften zufällig besetzt. Zwischen Honnef und Hoennigen, also auf einer Breite von etwa 18 Kilometer, wurde erbittert gekämpft, wobei der Feind seine Absicht enthüllte, nach Norden und Osten vorwärts zu kommen. Tag und Nacht wechseln Angriffe mit eigenen Gegenangriffen ab. Die 1. US-Armee kann diese Vorstöße zur Ausweitung ihrer rechtsrheinischen Stellung nur durchführen, indem sie ständig neue Kräfte über den Fluß wirft. Sie hat zu diesem Zweck Brücken geschlagen und nährt vom rückwärts die im Brückenkopf stehenden Kräfte. Es ist auch der Versuch bei Remagen in einem sehr schwierigen Gelände stattgefunden hat. In wird der Kampf um die Ausweitung dieser Position den Feind beschäftigen, welche Schwierigkeiten bestehen, um überhaupt den Fluß zu forcieren, mit dem Rücken an ihn gelehnt zu kämpfen und dem Zwange dienen zu müssen, ständig neue Kräfte über den Fluß zu bringen, damit die Angriffsspitze an Kraft nicht erlahmt. Die Amerikaner haben einige Divisionen östlich Remagen im Kampf stehen. Die Masse der 1. US-Armee aber muß noch westlich des Flusses verharren, weil sie einfach keinen Platz zur Aufstellung auf dem Ufer hat. Es mußte unter Ausnutzung des Ueberraschungsmomentes leicht gewesen sein, an dieser Stelle über den Fluß zu kommen. Es läßt sich als große Schwierigkeit an, den bestehenden Brückenkopf zu operativen Maßnahmen auszuwerten.

Zwischen Remagen und der Mosel ist der Feind bemüht, seinen Einbruch in die Eifel auszubauen und nach Südosten gegen die Mosel vorzuschieben. Es führen ihn dabei erheblich die von uns zur Verteidigung des linken Moselufers ausgenutzten Moselberge. Die von ihnen beherrschten Abschnitte von Wittlich und Bernkastel konnten gegen den feindlichen Druck gehalten werden. Es ergibt sich damit an der Moselfront die Merkwürdigkeit, daß der Feind in gewissen Abschnitten des unteren Flußlaufes in unmittelbarer Nähe der Mosel steht, während ihm oberhalb Cochems der Angriff auf den Fluß verwehrt wird. Die deutschen Truppen, die bisher in der Eifel gekämpft hatten, schlagen sich weiterhin oft unter Abwehr konzentrischer amerikanischer Angriffe nach Süden und Osten durch. In mehreren Fällen scharten sich dabei starke Teile einzelner Divisionen um ihre Kommandeure. Der Aufbau einer Front am rechten Moselufer macht durch Verstärkungen der sich zurückkämpfenden Truppen Fortschritte, die die Bildung einer neuen Moselverteidigung fördern helfen. Der Schwerpunkt des feindlichen Angriffs an der Rheinfront liegt aber nicht an diesem rechten Flügel, sondern dort, wo Vorbereitungen großen Stils auf beiden Seiten die Schlacht um den Rhein zwischen Emmerich und Bonn bereits eingeleitet haben. Darum ist auch die um den Brückenkopf Remagen eröffnete Gefechtsreihe für den Ausgang der Schlacht um den Strom nicht maßgebend.

Sowjetpolitik hinter dem Eisernen Vorhang

Eigener Fernspruch der „Leipziger Neuesten Nachrichten"

H. Stockholm, 14. März. „Was uns in Unruhe versetzt", schreibt der „Manchester Guardian", ist die unglücklichste Art, in der alle von der Sowjetunion besetzten Gebiete gegen den Westen abgeschlossen werden. Das Ziel der Befreiung sollte doch sein, die Barrieren zwischen den Staaten niederzureißen und nicht neue zu errichten. Schon jetzt kann doch viel getan werden, auch wenn freies Reisen noch nicht möglich ist. Beniglstens die Vertreter der alliierten Presse müßten das Recht haben, die befreiten Länder zu besuchen, sobald sie nicht mehr Kriegsschauplatz sind." Während der Post- und Telegraphenverkehr mit Griechenland bereits wieder aufgenommen wurde, sei es unmöglich, mit Bukarest in Verbindung zu treten. „Wir können wir auf einen freien Handel hoffen, wenn nicht einmal ein Brief über die Grenze gelangt? Die Sowjets können bei aller Vorliebe für eine autarke Wirtschaft doch nicht wünschen, Osteuropa zu einem verbotenen Gebiet zu machen. Es ist höchste Zeit, Türen und Fenster zu öffnen." Die gleiche Beschwerde wie das liberale bringt auch das konservative Blatt „Daily Mail" vor, das sich beklagt, daß die britische Allgemeinheit über die Entwicklung in Europa in Unkenntnis gehalten werde. Insbesondere müsse die Lage Rumäniens klargelegt werden. „Es ist an der Zeit, daß die britische Regierung den Schleier lüftet oder wenigstens einen Druck auf unseren sowjetischen Verbündeten ausübt, daß er ungestörte Berichte über die Geschehnisse in den befreiten Ländern zuläßt. Wir wissen wenig oder nichts über das, was auf dem Balkan geschieht, und doch ist es wichtig, darüber Bescheid zu wissen, da es sich um ein strategisch und wirtschaftlich wichtiges Gebiet handelt."

Die Artikel im „Manchester Guardian" und „Daily Mail" über die Nachrichtensperre in den sowjetisch besetzten Gebieten haben in England lebhafte Zustimmung gefunden. Man empfindet es als besonders schwerwiegend, daß ausgerechnet nach der Krimkonferenz Rumänien und Polen noch schlechter durch den „Eisernen Vorhang der Bolschewisten abgeschlossen sind". In Italien wurde bekanntlich vereinbart, daß alle politischen und wirtschaftlichen Probleme des befreiten Europas durch „intime" Zusammenarbeit der drei großen Alliierten nach „demokratischen Prinzipien" gelöst werden sollten. Die Kritik der englischen Presse wird im Unterhaus ihre Fortsetzung erfahren, und Eden wird am Donnerstag eine Reihe von Fragen über die Lage in Rumänien und Polen zu beantworten haben.

In Athen ist der englische Ministerresident im Mittleren Osten, Harold McMillan, eingetroffen. Diese plötzliche Reise hat die Vermutung hervorgerufen, daß in Athen wieder einmal eine Regierungskrise im Anzug ist. Die Zeitung „Elefteria" bestreitet das auch nicht, erklärt nur, daß nicht ein Rücktritt der Regierung Plastiras, sondern nur eine Erweiterung in Frage käme. Ein sehr eigentümliches Licht auf die griechischen Verhältnisse wirft eine Erklärung des griechischen Justizministers Colovas, der vor der Presse gegen ein Gerichtsurteil protestierte. Dem Herrn Minister war ein Urteil, das gegen einen „Sabotageverbrecher" auf 20 Jahre Zwangsarbeit lautete, zu milde. Die schwedischen Blätter geben die Meldung wieder, daß wohlausgerüstete britische Truppen, die aus Italien abgesagen wurden, in griechischen Häfen, darunter in Piräus, an Land gesetzt worden sind.

In Rumänien ist Wyschinski weiter am Werk, seinen Triumph auszukosten. In einer neuen Ansprache machte er kein Hehl daraus, daß Moskau seinen Willen brutal durchgesetzt hat. Rumänien, so erklärte er, habe keine Regierung gehabt, die in der Lage gewesen sei, für Ordnung und Ruhe im Lande zu sorgen. Diesen Vorwurf für seine Aktion benutzte derselbe Wyschinski, der erst den Mob gegen Radescu gehetzt und die Unruhen inszeniert hat. Heute, so erklärte Wyschinski, sind nun die letzten Bedingungen erfüllt. Die neue rumänische Regierung hat sich jetzt der sowjetrussischen angeschlossen und ohne Zögern die von Groza in seinem Brief an Stalin umrissene Politik in die Tat umgesetzt. Wyschinski hat damit offen bekannt, daß die Regierung Groza nach den Richtlinien Stalins arbeitet und nur noch ein Trabant der Moskauer Politik ist.

„Es ist Zeit, aus den furchtbaren Erfahrungen zu lernen"

Der bekannte spanische Geistliche Felix Garcia fordert in einem in der spanischen Zeitung „ABC" veröffentlichten Artikel dazu auf, klare Positionen gegenüber dem Bolschewismus zu beziehen. Dem Bolschewismus gegenüber dürfe es keine Halbheiten geben; denn jede Schwäche, jedes Fehlen von innerem Zusammenhalt benutze der gemeinsame Feind, um seine Aktivität zu stärken. Die Entwicklung in der Tschechoslowakei, Italien, Polen und Serbien sei eine grausame Wirklichkeit, die auch dem Zweifler die Augen öffnen müsse.

Der spanische Geistliche schließt mit den Worten: „Der Bolschewismus ist das Böse in der Potenz. Er bedeutet Haß und Barbarei. Es kann eine Zusammenarbeit mit ihm weder direkt noch indirekt geben. Alles andere wäre ein Spiel mit dem Feuer. Es ist an der Zeit, aus den furchtbaren Erfahrungen zu lernen!"

Der Oberkommissar der Donau-Regierung für die Verfolgung der Faschisten wurde in seinem Büro durch einen Schuß verwundet, der ein unbekannter Täter auf ihn abgab, meldet der englische Nachrichtendienst.

Die englischen Prinzen sollen sowjetische Erzieher bekommen

Eigener Fernspruch der „Leipziger Neuesten Nachrichten"

H. J. Madrid, 14. März. Nachdem England bereits seit Jahr und Tag von sowjetischer Agitation überschwemmt worden ist und sowjetische Filme, Bücher und Schallplatten in hohem Kurs stehen, haben sich die öffentlichen Stellen nun entschlossen, die russische Sprache in stärkstem Maße zu propagieren. Die „Daily Mail" veröffentlicht einen Lehrplan, demzufolge in allen Schulen russische Klassen eingerichtet werden sollen, und es sind Bekanntmachungen im Gange, die russische Sprache zur ersten Fremdsprache zu erheben. Die Beamten und Angestellten des Foreign Office, des Home Office, des Board of Trade und zahlreicher anderer Institutionen werden aufgefordert, ergänzlich russische Sprachkurse zu nehmen, damit ihre Laufbahn nicht behindert werde. Der Direktor von Eliton College behauptet, Russisch sei nicht schwerer als Griechisch, und nicht nur die höheren, sondern auch die Sekundärschulen müßten diese Sprache lehren, denn man sei es dem Bundesgenossen schuldig, wenn er nach dem Kriege England besuche, ihn im seiner eigenen Sprache zu empfangen, und jeder, der Welt auf Bildung setze, müsse mit vollem Verständnis diesem Empfang beiwohnen können.

Es ist das erste Mal in der englischen Geschichte, daß eine englische Regierung sich in dieser Form an der Propagierung einer fremden Sprache unter Hintanstellung der eigenen beteiligt. Auch die englischen Hotelvorsteher werden aufgefordert, sogleich russische Sprachkurse zu nehmen, da sowjetische Besucher ein Recht hätten, sich in England „wie zu Hause" zu fühlen. An den Universitäten soll sogar ein Lehrstuhl für russische Dialekte eingerichtet werden. Englische Prinzen und Prinzessinnen würden künftig neben französischen auch russische Erzieher und Erzieherinnen erhalten, damit sie besseres Verständnis aufbrächten für die „kulturellen Darbietungen", die im Rahmen des englisch-sowjetischen „Kulturaustausches" in England geboten würden. Wenn auch in England eines Tages die Stunde des Genickschusses anbricht, werden die königlichen Prinzen und Prinzessinnen sich wenigstens mit ihren Herren in deren Muttersprache verständigen können und bis dahin auch gelernt haben, deren Taten das nötige Verständnis entgegenzubringen.

Französische Butter auf dem Schwarzmarkt von London

Eigener Fernspruch der „Leipziger Neuesten Nachrichten"

T. Mailand, 14. März. Es fehlt wahrlich nicht an sehr drastischen Zeugnissen der anglo-amerikanischen Berichterstattung über die katastrophale Entwicklung, die die Ernährungslage in den letzten Monaten und Wochen in sämtlichen von den Alliierten besetzten Gebieten Europas angenommen hat. Allein die Tatsache, daß sich diese Stimmen über die früher durch die „Befreiungsidee" gebotenen Schranken hinwegsetzen, beweist, wie ernst die Lage geworden ist und wie bedrohlich ihre politischen Auswirkungen von den Demokraten empfunden werden.

Hier einige Stichproben aus diesen warnenden Stimmen: „Die Oeffentlichkeit in England und in den USA muß mit der Größe und der Dringlichkeit der erforderlichen Notstandsmaßnahmen in aller Eile vertraut gemacht werden, bevor es zu spät geworden ist und alle vier Reiter der Apokalypse über Europa stürmen." (The New Statesman and Nation.) „Tatsache ist, daß jedes der befreiten Länder sich der Aussicht eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs und eines langsamen Verhungerns gegenübergestellt sieht. Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Jugoslawien, Griechenland, alle diese Länder sind verzweifelt knapp an Lebensmitteln. Für diesen ernsten Stand der Dinge können die Alliierten die Verantwortung nicht leugnen, denn alle diese Länder hängen von der Einfuhr ab, und die Schiffahrt ist in ausschließlichster Form von den Alliierten kontrolliert." (News Chronicle.) „Frankreich steht vor dem Zusammenbruch seiner nationalen Wirtschaft ... Die Behauptung der amtlichen amerikanischen Stellen, daß Frankreich bis Ende Januar 400 000 Tonnen erhalten hätte, wird von den zuständigen französischen Behörden als weit übertrieben erklärt. Von 26 amerikanischen Transportern, die als Mindestbeitrag für die ersten drei Monate dieses Jahres den französischen Häfen zugesagt waren, sind bisher erst 8 angekommen. Vor dem Kriege hat Frankreich 48 Millionen Tonnen eingeführt." (Daily Herald.) „Hunger und Aufruhr stehen vor der Tür, ebenso in Belgien wie in Holland und Frankreich ... im Februar 1945, 6 Monate nach der Befreiung, leidet das französische Volk mehr unter Kälte und Hunger als zu irgendeiner Zeit der deutschen Besetzung. Es ist aber nicht nur die Augenblickslage, die die französische Regierung beunruhigt. Die Aussichten für die Zukunft sind vielleicht noch ernster. Frankreich, dieses einst so reiche Getreideland, ist in Gefahr, sich nach der nächsten Ernte vor eine geradezu katastrophale Hungersnot gestellt zu sehen." (Reuter.)

Die Schweizer Zeitung „Der Bund" gibt folgenden Querschnitt durch das „glücklich befreite" Frankreich von heute: „Im Januar sind die Wirtschaft und der Bevölkerung Frankreichs neue, schwere Beschränkungen auferlegt worden. Die ungewöhnliche Kälte hatte die Flüsse Mittelfrankreichs gefrieren lassen, während die Kanäle unbenutzbar wurden wegen des hohen Wasserstandes, der die Felder überschwemmte. Das Eisenbahnverkehrswesen funktionierte nur zu einem Bruchteil, der elektrische Strom mangelt. Die Pariser Zeitungen erscheinen seit Mitte Januar in der Größe eines Taschentuches. Sie veröffentlichen nur kurze Notizen in Miniaturdruck. Diskussionen über nationale und internationale Probleme sind nicht mehr möglich." Dies alles aber sei, so fährt der Schweizer Bericht fort, noch unwesentlich, verglichen mit den Behinderungen, die das tägliche Leben und die Industrie paralysierten, vor allem der Mangel an Kohle. Milch und Frisch. Tausende von Pariern lebten in den Stationen der Untergrundbahnen, weil dies die einzige Möglichkeit für sie sei, sich zu wärmen. „Die Alten sind krank, die Säuglinge sterben haufenweise an Entkräftung. Die Enttäuschung ist um so empfindlicher vom letzten Sommer bis heute, weil die erwartete Befreiung so große Hoffnungen erweckt hatte. Statt dessen hat Frankreich den schwersten Winter erlebt, den es jemals durchmachen mußte ..." United Press meldet, daß es in Paris zu den ersten großen Hungerdemonstrationen gekommen sei. Ueber 50 000 hungernde Pariser hätten sich zu großen Protestkundgebungen versammelt. Die gleiche amerikanische Agentur meldet aus Rom: „Wenn nicht bald etwas unternommen wird, um die Lebensmittel- und Brennstofflager im besetzten Italien zu entfnnnen, dann wird die Erbitterung, die unter den armen Bevölkerungsklassen herrscht, in offene Rebellion überaehen."

Es ist verständlich, wenn sich die Erregung der irregeführten Bevölkerung der „befreiten Gebiete" zur hellen Empörung steigert, wenn sie erfahren muß, daß die Lieferungsversprechen der „Befreier" nicht nur sich in Rauch aufgelöst haben, sondern der eigene Schwarze Markt diese „Befreier" Waren aus den europäischen Mangelgebieten bezieht. In Frankreich hat diese grausame Entdeckung, wie schon kurz gemeldet, zu einem veinlichen Skandal geführt. Ein französisches Blatt kam vor einigen Wochen mit der Feststellung heraus, daß der Schwarze Markt in England durch ein wohlausgedrehtes Schmuggelwesen landwirtschaftliche Produkte, vor allem Butter, aus der Normandie beziehe. Die alliierten Militärbehörden in Frankreich haben sich nun gezwungen gesehen, der Sache auf den Grund zu gehen. Eine große Anzahl britischer und amerikanischer Feldgendarmerie und Detektive hat in Zusammenarbeit mit der französischen Polizei eine Untersuchung unternommen. Dabei wurde tatsächlich festgestellt, daß große Mengen hauptsächlich von Butter, ein Produkt, von dem die Pariser seit drei Monaten kein Gramm gesehen haben, über den Kanal hinübergeschafft worden sind. Eine amerikanische amtliche Veröffentlichung hat festgestellt, daß zwischen 18 000 und 20 000 Mitglieder der amerikanischen Wehrmacht in Frankreich desertiert sind, wovon die Mehrzahl sich erfahrlich mit Schwarzhandel beschäftigt. Aehnliche Fälle sind auch in Italien bekanntgeworden, wo ebenfalls Deserteure der 11 St-Truppen mit besonderem Erfolg sich als „leitende Männer" im Schwarzhandel und beim Diebstahl an Transportwagen, Wehrmachtlagern usw. betätigen.

Japan regelt die Verwaltung Indochinas

Saigon, 14. März. Nach einer Erklärung des Kommandeurs der japanischen Streitkräfte in Französisch-Indochina wird die japanische Politik in Französisch-Indochina nach dem Zusammenbruch der französischen Verwaltung nicht nur die Regierung der eingeborenen Bewohner unverändert bestehen lassen, sondern auch alle bestehenden Gesetze reskektieren und das politische System, das unter der französischen Verwaltung in Kraft war, aufrechterhalten. Im Einklang mit dieser Politik wird die Verwaltung weiterhin in Händen des Generalgouverneurs liegen, welchen Posten der Kommandeur der japanischen Streitkräfte übernimmt. Chunichi Matsumoto, der japanische Botschafter in Französisch-Indochina, hat den Posten eines obersten Ratgebers inne und wird alle öffentlichen Angelegenheiten überwachen. Der japanische Minister Masayuki Yokoyama wurde zum obersten Ratgeber bei der Regierung Annams, das seine Unabhängigkeit erklärt hat, ernannt.

Nach einer Domei-Meldung hat sich das Königreich Kambodscha auf Grund der Vorgänge in Französisch-Indochina selbständig erklärt. Der König teilte mit, daß der bisherige Protektoratsvertrag zwischen Kambodscha und Frankreich null und nichtig sei. Der neue Staat werde in allen Fragen mit Japan zusammenarbeiten.

Bisher rund 35 Millionen BRT feindlichen Schiffsraums versenkt

Im Zusammenhang mit den im Wehrmachtbericht vom 14. März 1945 gemeldeten neuesten Versenkungserfolgen unserer U-Boote wird bekannt, daß seit Kriegsbeginn rund 35 Millionen BRT feindlichen Schiffsraums versenkt wurden, davon allein 24,1 Millionen BRT durch die deutsche Kriegsmarine; die deutsche U-Boot-Waffe trägt mit 20,33 Millionen BRT den Löwenanteil an diesen Versenkungen.

Infolge dieser riesigen Tonnageverluste hat die englische Handelsflotte, die bei Ausbruch des Krieges mit 18,8 Millionen BRT mehr als das Doppelte des US-amerikanischen Frachtraumes umfaßte, derart einschneidende Einbußen erlitten, daß sie gegenüber der USA-Handelsflotte heute nur noch von untergeordneter Bedeutung ist. Das ehemals zugunsten Englands bestehende Stärkeverhältnis von 2:1 hat sich inzwischen zugunsten der USA auf 1:3 verlagert, d. h. auf jedes britische Handelsschiff entfallen heute bereits drei nordamerikanische! Damit ist die englische Handelsflotte als der einst bestimmende Faktor im Ueberseehandel für die Nachkriegszeit ausgeschaltet. Obwohl in England seit Kriegsbeginn rund 5,5 Millionen BRT Handelsschiffsneubauten erstellt wurden, war der Niedergang der britischen Handelsflotte, vor allem infolge der Wirkungen des U-Boot-Krieges, nicht mehr aufzuhalten. Der bis jetzt vernichtete feindliche Schiffsraum in Höhe von 35 Millionen BRT übertrifft bereits den gesamten Tonnagebestand Englands und der USA im Jahre 1939 um mehr als 7 Millionen BRT.

„Deutschland wird sich nicht ergeben"

Spanisches Blatt über den unbeugsamen Siegeswillen

Madrid, 14. März. Die spanische Zeitung „Informaciones" stellt fest, daß es in der Geschichte noch kein Beispiel wie jenes des deutschen Volkssinnbeständes gebe. Täglich schöre das deutsche Volk aus den Leiden neue Energien, da es wisse, daß der Sieg möglich sei. Das deutsche Volk habe begriffen, daß nur aus einem fanatischen Widerstandswillen und einem festen Glauben der Sieg erstehen könne. Gerade die Leiden des deutschen Volkes schiffen die Voraussetzungen für den Verteidigungswillen nicht nur Deutschlands, sondern auch ganz Europas. Der Führer habe den deutschen Sieg prophezeit, und der Tag werde kommen, wo die westliche Welt, für deren Erhaltung Deutschland kämpft, manches bereuen werde. Deutschland wird sich nicht ergeben, die alte Garde Europas ergibt sich nicht!

Der Führer an Staatspräsident Hacha

Anläßlich des sechsten Jahrestages der Vereinigung des Protektorats mit dem Großdeutschen Reich hat der Führer Staatspräsident Hacha seine Glückwünsche übermittelt.

Neue belgische Regierungskrise

In Belgien droht schon wieder eine Regierungskrise. Die der Londoner „Observer" meldet, handelt es sich vor allem darum, daß die katholische Regierungspartei sich mit allen Mitteln dagegen wehrt, dem bolschewistischen Ernährungsminister unbeaxenzte Vollmachten zu geben. Auf dem flachen Lande schalten und walten überall bolschewistische Ernährungsausschüsse, und der Minister habe nun Vollmachten verlangt, unbeschränkt bei den Bauern zu requirieren. Man befürchte davon eine mißbolschewistische Durchsetzung des ganzen Landes. Das bolschewistische Parteiblatt fordert bereits ganz offen die Bildung einer Linkskoalition.